

Berliner Tageblatt

Nr. 383

und Handels-Zeitung

Freitag, 14. August 1923

Chef-Redakteur: E. Hebebrand in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Briand über die Londoner Konferenz.

Zufriedenheit mit dem Ergebnis.

Die kommenden Besprechungen zwischen den „interessierten Parteien.“

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 14. August.

Briand ist, wie die Morgenzeitungen mitteilen, mit dem Ergebnis seiner Londoner Reise sehr zufrieden. Er hat sich mit dem Außenminister nach seiner Ankunft auf dem Nordbahnhof begrüßt. Am Doni d'Orsay äußerte er sich über die Konferenz. „Ich habe mich sehr wohl gefühlt über die Konferenz. Meine Unterhaltung mit Chamberlain und dessen Mitarbeitern war im Ton vollkommen herzlich. Es hat sich eine Atmosphäre der Harmonie und der Harmonie geschaffen. Ich habe gegenüber einer guten Willen, Regalität und ein humanitäres Verständnis gefunden. Der hauptsächlichste Zweck dieser Unternehmung war die Einigung über den Wortlaut der französischen Antwort auf die deutsche Note vom 20. Juli. Dieses Ziel ist erreicht. Sobald diese Note die freundschaftliche Beziehung unserer Völker erhalten hat, denen sie am ehesten unterbreitet wird, wird sie der deutschen Regierung übermittelt werden. Ich kann und darf keine Erklärungen über die eigenen Fragen abgeben, die Gegenstand einer eingehenden Prüfung sind. Alles, was zuzulassen ist geregelt werden konnte, ist auf die menschliche Weise geregelt worden. Es ist das notwendig gewesen, sich gegenseitig peinliche Konzeptionen zu überlassen und Opfer zu bringen. Das übrige muß bei der Diskussion unter den interessierten Parteien erledigt werden. Deutschland behält natürlich das Recht, frei zu handeln; es darf es nicht aus den Augen verlieren, daß der Sicherheitspakt auf ausgleichenderem Pakt sein kann, dessen Bedingungen festgelegt sind, sondern ein freiwillig gebilligter.“

Über den Text der französischen Antwortnote werden in der Nacht noch keine Angaben gemacht. Wie der „Reit Parisien“ wird Briand die französische Note heute auch dem französischen Außenminister mitteilen. Man nimmt an, daß die französische Antwort gegen Mitterrand in der Nacht der Reichsregierung übergeben werden wird. Um 9 Uhr abends traten die Minister im Kabinettsrat zusammen, der bis 10 Uhr dauerte. Der Inhalt der Sitzung wurde folgendes Communiqué veröffentlicht: „Briand hat seinen Kollegen den Text der Note mitgeteilt, die den Deutschen über die Sicherheitspakt gerichtet werden soll. Dieser Text ist der britischen und der französischen Regierung übergeben worden. Der Kabinettsrat hat dem Außenminister seinen einmütigen Wunsch für das Erreichen dieses Ergebnisses geäußert. Der Text der Note wird, nachdem er den Ministern mitgeteilt worden ist, an die deutsche Regierung gerichtet werden.“

Antisemitische Agitation in Rumänien.

Begehrungsstimmung in Jassy.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Bukarest, 14. August.

Über Stadt und Distrikt Jassy wurde der Belagerungsstimmung verhängt, da die antisemitischen Unruhen zuletzt höchst gefährlichen Charakter angenommen haben. Die Zeitungen sind mit dieser außerordentlichen Maßregel nicht einverstanden, doch ist die Situation in den antisemitischen Zentren wie ich in einer Aufregung in den gefährdeten Zentren selbst feststellen konnte, die Stimmung in der Bevölkerung so vollkommen verzerrt, wofür auch die überfüllten Gottesdienste einen erschütternden Beweis liefern, diese Maßregel sich selbst nicht zu umgehen war. Unter dem Vorwand der antisemitischen Agitation wurde von Vertretern der antisemitischen Presse die Verhängung des Belagerungsstimmunges damit, daß diese antisemitischen Heber unter der Maske der kulturellen und nationalen Aktion und unter agitatorischer Führung der Verarmung des Mittelstandes und der Wirtschaft in Rumänien herabzuziehen wollten. Man fragte sich nicht mit einem gewissen Staunen, sondern vielmehr offen zu Gemüths, wie es kommen konnte, daß eine rumänische Volk ohne einen Anstoß von antisemitischen Agitatoren gegen Andersgläubige. Die studentische Agitation, die anfangs in den Bibliotheken, Hörsälen und Laboratorien in den Cafés und auf der Straße zu finden sei, schädliche, schließlich das rumänische Volk im Auslande. Derartige Gerüchte stellen aber auch die Unterbrechung der Staatsverträge dar. Die Regierung werde diesen Antrieben um so radikaler Widerstand entgegenzusetzen, als beweisen sei, daß öffentliche internationale an der Propagierung dieser Agitation beteiligt seien. Tatsächlich hielt hierbei den Worten des rumänischen kommunistischen Sekretariats die Sozialdemokratie mit, der belagert. Das Jassy bei Jassy. Dort wurden im Winter 1924 über den Zweiten Weltkrieg Besatzungen eingeführt. Wenden aus der Rumänien nach rumänischen Truppen und russischen Einheiten über den Danielesch-Fluß — muß uns die über die Lage in Rumänien öffnen. Die Bauerwirtschaft ist

frühstück habe und daß dieses Frühstück ausgezeichnet war... Der „Matin“ glaubt, daß alle den Sicherheitspakt betreffenden Fragen demnächst Gegenstand einer offiziellen oder offiziösen Konferenz sein werden, die ohne Zweifel während der Sitzung des Völkerbundes in Genf stattfinden wird. In dieser Konferenz werden nach dem „Matin“ außer Briand und Chamberlain hauptsächlich die Vertreter Belgiens, Polens und der Tschechoslowakei teilnehmen.

Der „Temps“ äußert sich in seinem Leitartikel sehr optimistisch über die Ergebnisse der Londoner Unterhandlungen. „Man muß feststellen“, so schreibt er, „daß der Meinungsaustrausch zwischen dem französischen Außenminister und dem englischen Außenminister zu einem diplomatischen Erfolg geführt hat. Die beiden Staatsmänner sind es in der Tat gelungen, die Bande, die Frankreich und England vereinen, fester zu knüpfen und das gegenseitige Vertrauen zu bekräftigen, das die offiziellen Beziehungen beider Länder charakterisiert. Dies ist ein wichtiges moralisches Ergebnis, dessen Einfluß sich bei der Entwicklung der allgemeinen Lage in glücklicher Weise bemerkbar machen wird. Die Unterhaltungen von London haben aber noch etwas anderes als dieses moralische Ergebnis gehabt, denn abgesehen von der Einigung über den Wortlaut der französischen Antwort auf die deutsche Note in Deutschland konnten die Fragen und die englischen Thesen in Bezug auf wesentliche Grundzüge des Sicherheitsproblems einander näher gebracht werden. Es handelt sich nicht darum, einen Vorteil für die eine oder für die andere Partei herauszufinden, sondern die Bedingungen und die Mittel festzulegen, die Frankreich und England ein gutes Zusammenarbeiten bei der Wiederherstellung des Friedens verbinden. Nachdem der „Temps“ dann die Ergebnisse der Unterhaltungen besprochen hat, wie sie bereits in den Morgenblättern veröffentlicht worden sind, schließt er seinen Artikel folgendermaßen: „Alles hängt jetzt von der Richtigkeit und dem guten Willen Berlins ab, und man wird genau beobachten müssen, wie die politischen Kreise und die öffentliche Meinung in Deutschland gegenüber den in den Londoner Besprechungen erreichten Ergebnissen reagieren werden.“

Wiederum vorzüglicher als der „Temps“ spricht sich das der Schwerindustrie nahestehende „Journal des Débats“ aus. Dort heißt es: „Sobald eine Zusammenkunft aller vier Minister zu Ende ist, hat man die Gewissheit, zu verzeichnen, daß eine vollkommene Einigung erzielt worden ist. Diesmal ist der Redakteur des Communiqué aufrichtiger und vorzüglicher gewesen. Er erklärt, daß die vollkommene Einigkeit über den Wortlaut der Antwort, die Frankreich an Deutschland richten wird, zustande gekommen ist. Für den Welt — und dieser Welt ist besonders wichtig — stellt er fest, daß der Pakt erst endgültige Formen annehmen kann, wenn die Verhandlungen darüber zwischen den Vertretern aller interessierten Parteien eingeleitet worden sind.“ Er bekräftigt mit großen Worten, daß die Unterhaltungen von London sehr dazu beigetragen haben, die Stunde der späteren Unterhaltungen näherzurücken, die zu einem endgültigen Ergebnis führen soll. Dieser offizielle Text scheint uns genau die Ergebnisse der Zusammenkunft Briands mit Chamberlain zu resumieren: Die genauen Abmachungen bezügelten sich fast nur auf das Verfahren. Die heißen Fragen sind Gegenstand von Meinungsaustrauschungen gewesen, aber konnten nicht endgültig geregelt werden.“

Die Schuldenverhandlungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 14. August.

Im gestrigen Kabinettsrat legte Chamberlain eine Abfassung der französischen Note an den Deutschen vor. Wie „Morning Standard“ berichtet, wurde eine Sachverständigenkonferenz über die französischen Schulden in den nächsten Tagen im höchsten Schatzamt stattfinden. Das gleiche Wort soll wissen, daß England bereit sei, von seinen Schulden 13 Millionen Pfund jährlich weniger anzunehmen, als selbst an die Vereinigten Staaten zolle. Sollte diese Anzahl, für die wir den genannten Betrag die Verantwortung überlassen müssen, sich bewahrheiten, so würde das belegen, daß England von dem Grundsatze der Walfour-Note abgegangen ist. Dem hierin hatte England erklärt, daß es von seinen Schulden ein schließlich Zinsausgaben genau so viel beanspruchen, wie es an die Vereinigten Staaten zu zahlen habe.

Finanzgeetze und Gemeinden.

Finanzausgleich und Aufwertungsfall.

Dr. Paul Michaelis, Stadtverordnetenvorsteher von Berlin.

Der Kampf um Aufwertung und Finanzausgleich ist, wenn auch schwerlich endgültig, so doch für die nächsten Jahre entschieden. Zwar hat der Reichsrat dem Finanzausgleich einige Bemerkungen und Bemängelungen mit auf den Weg gegeben, die seine Zustimmung nicht recht verlässlich erscheinen lassen. Denn, wenn es sich wirklich so verhält, daß der jetzt zustande gebrachte Finanzausgleich zwischen Reich, Staat und Gemeinden den Lebensnotwendigkeiten der Länder und Gemeinden keine Rechnung trägt, dann ist es eigentlich schwer begreiflich, wie sich der Reichsrat mit einer protestierenden Seite begnügen und den Beschlüssen des Reichstags trotzdem zustimmen konnte. Aber nachdem er es einmal getan hat, muß man sich damit abfinden, den angegriffenen Schäden zu beheben.

Am ganzen ist auch diesmal die Karte so wie bei den früheren Auseinandersetzungen zwischen dem Reich einerseits und den Ländern und Gemeinden andererseits gelautet, nämlich nach dem Leitmotiv: „Denn ich bin groß und ihr seid klein“. Das Reich hat zunächst sich groß genannt, was es angeblich brauchte, und wie man wohl sagen darf, mehr als es eigentlich bei einigermaßen sparsamer Wirtschaft nötig gehabt hätte, und es hat die Ansprüche der beiden anderen Teilhhaber nach Möglichkeit herabgedrückt. Immerhin ist zuzugeden, daß der jähe Widerstand der einzelstaatlichen Finanzverwaltungen nicht ganz erfolglos gewesen sei. Besonders der preussische Finanzminister hat sehr geschickt gekämpft. Er hat es schließlich erreicht, daß der Anteil der Länder an der Umschuldung auch dann von einer Summe von 1500 Millionen herabgesetzt werden soll, wenn die Umschuldung tatsächlich diesen Gesamtbetrag nicht erreichen sollte. Diese Sicherung war schon deshalb notwendig, weil annehmend und hoffentlich die Lage der Umschuldung überhaupt gelöst sind und weil schon vom 1. Oktober ab die Umschuldung auf ein Prozent herabgesetzt werden soll. Aber trotzdem werden die Länder den vollen Ertrag aus der Umschuldung nur noch im laufenden Haushaltsjahre erhalten, da schon im Jahre 1926 der Anteil der Länder von 35 Prozent auf 30 Prozent herabgesetzt werden soll, so daß ihnen dann aus der Umschuldung nur noch 450 Millionen zufließen werden.

Während aber die Länder sich noch einigermaßen salbirt haben, erscheint die künftige finanzielle Lage der Gemeinden höchst unheilvoll. Denn bisher haben zwar Länder und Gemeinden in ihrer Auseinandersetzung mit dem Reich ein gemeinsames Interesse vertreten, namentlich aber werden sie sich untereinander auseinandersetzen haben, und dabei dürfte sich der Grundsatz: „Denn ich bin groß und du bist klein“ wiederholen. Wer die bisherige Behandlung der Gemeinden durch die Einzelstaaten noch im Gedächtnis hat, der wird dieser künftigen Auseinandersetzung nur mit sehr gemäßigten Gefühlen und noch geringeren Hoffnungen entgegengehen. Auch die Landesregierungen glauben, oder stellen sich, als glaubten sie, daß die Gemeinden geradezu im Gelde schwimmen und aus reinem Liebermut ins Blaue hinein wirtschaften. Es mag auch zugegeben werden, daß sich in dem Lebensjahre 1924 die und da eine gewisse Leichtgläubigkeit in den Gemeindeverwaltungen bemerkbar machte, die aber nach den geradezu furchtbaren Entbehrungen der Inflationszeit menschlich begreiflich war. Aber das sind doch temporelle Erscheinungen. Das laufende Haushaltsjahr hat bereits einen empfindlichen Rückschlag gebracht, und die Zukunft ist durchaus ungemüht. Dabei müssen die eigentlichen Kulturarbeiten ebenso wie die sozialen Aufwendungen in erster Reihe von den Gemeinden geleistet werden. Man versteht deshalb nicht recht, wie den Gemeinden noch das Zamoschschwert einer Kürzung ihrer Anteile an der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer andgedroht werden kann, wenn sie ihren Bedarf gegenüber dem entsprechenden Bedarf von 1914 „über Gebühr“ anspannen sollten. Mit demselben und größeren Recht könnte man eine gleiche Sperrebestimmung auch für Reich und Länder einführen, deren Bedarf ja gleichfalls weit über die entsprechenden Zahlen von 1914 hinausgewachsen ist. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Gemeinden nicht verpflichtet wären, sich den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend auf die preisliche Zunahme der Ausgaben (paarmal Haushaltsmethoden einzustellen, soweit es sich um Verwaltungsausgaben und Unzulänglichkeiten handelt. Aber ebenso ist es selbstverständlich, daß die Aufwendungen für die Volkserziehung und Volksbildung, die Volkshygiene, die fürpferliche Erziehung der heranwachsenden Jugend, den Wohnungsbau und die Fürsorge für die leider allzu große Zahl der Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen nicht eingeschränkt oder gar eingestellt werden darf. Man muß aber befürchten, daß gerade an diesen notwendigen Ausgaben gespart werden würde, wenn die Gemeinden praktisch unter eine Zwangserschuldung gestellt werden.

Die finanzielle Lage der Gemeinden erscheint uns so mehr ins Ungemüht gerückt, wenn man hinzunimmt, daß sie auf der anderen Seite bei der Aufwertung härter als Reich und Gemeinden belastet werden sollen. Während Reich und Länder die Marktaufwertung allen Befugnis nur bis auf 12,5 Prozent der ursprünglichen Summe abnehmen, wird den Gemeinden zugemutet, auf diesem Gebiete bis zum doppelten Betrag, also bis auf 25 Prozent zu gehen, und gleichzeitig soll bei ihnen die Tilgung, die sonst auf dreißig Jahre berechnet ist, auf zwanzig Jahre herabgesetzt werden können. Allerdings gibt das Anleiheabzugsgezet so manche Hintertür. Die Erhöhung des Einlösungsbetrages auf das Zweifache des Nennwertes soll von der Leistungsfähigkeit der einzelnen Ge-